

## Bericht Sommersession 2011

Die Sommersession 2011 stand ganz im Zeichen der Diskussion um die Nutzung und die Risiken der Atomkraft.

### Erste Woche: Von der Erneuerung im Gewerkschaftsflügel und der Wehrpflicht

Nach langjähriger Karriere trat Ende Mai mit SP-Mann und Gewerkschafter **André Daguet** ein guter Fraktionskollege von mir und ein Politschergewicht mit nationaler Ausstrahlung zurück. Nachgerückt ist **Corrado Pardini** (SP-Bern). Auch Corrado absolvierte wie ich eine Maschinenschlosserlehre und arbeitet heute in der Gewerkschaft Unia.

Mit 117 zu 53 Stimmen lehnte der Nationalrat eine parlamentarische Initiative von SP-Nationalrätin Evi Allemann ab. Sie wollte eine **Sistierung der allgemeinen Wehrpflicht**. Mit dem ideologisch geprägten Nein-Entscheid verschloss die Mehrheit einmal mehr die Augen vor den Realitäten. Die Schweiz befindet sich im Herzen Europas und profitiert auch sicherheitspolitisch davon. Die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht führt zu überhöhten Beständen, die wir so gar nicht mehr benötigen. Der Effektivbestand der Schweizer Armee liegt aktuell noch immer bei gegen 180'000. Das ist teuer, ineffizient und nicht mehr zeitgemäss. Die Sicherheitspolitik von heute steht vor neuen Herausforderungen, welche neue Lösungsansätze benötigen. **Die Mehrzahl unserer Nachbarländer haben bereits praktikable Alternativen zum Wehrpflichtmodell entwickelt.** Daraus liesse sich sicher auch ein brauchbares Modell in Form einer freiwilligen Milizarmee für die Schweiz ableiten.

### Zweite Woche: Energiewende und Sicherheitspolitik

Die zweite Sessionswoche stand im Rahmen der Sondersessionstage „Kernenergie und alternative Energien“ ganz im Zeichen der Energiewende. Aber auch mehrere sicherheitspolitische Fragestellungen und das **Rüstungsprogramm 2011** gaben zu diskutieren. Nachfolgend ein Auszug aus meinem Referat zum Rüstungsprogramm 2011:

*„Die SP Fraktion beantragt Ihnen, das Rüstungsprogramm 2011 um 180 Millionen Franken zu kürzen und somit von 433 auf 253 Millionen Franken zu reduzieren. **Die Differenz von 180 Millionen Franken ergibt sich aus dem Antrag der SP Fraktion auf den Verzicht des Teilersatzes der bestehenden Raketenbewaffnung der Luftwaffe mit neuen Luft-Luft-Lenk Waffen.** Weder ist die SP-Fraktion von der Dringlichkeit der Neubeschaffung dieser FA-18 Lenk Waffen überzeugt, noch konnte klar geklärt werden, was unter dem Titel „Teilersatz“ dieser Waffensysteme genau zu verstehen ist. Die Antworten auf entsprechende Nachfragen waren teilweise widersprüchlich.*

*Unbestritten ist aus Sicht der SP-Fraktion die Beschaffung des neuen Unterstützungsbrückensystems. Bei der Brücke geht es um den Ersatz der bisherigen festen Brücke 69, die mit rund 40 Jahren genauso in die Jahre gekommen ist, wie unsere alten Atomkraftwerke Beznau und Mühleberg und deshalb ausser Dienst gestellt werden sollten. Denn bei der alten Brücke gibt es durch die ständige Belastung Risse und die Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Positiv an diesem Beschaffungsvorhaben ist auch, dass diese Brücke auch bei zivilen Katastrophen eingesetzt werden kann. Dass ist gerade in der Schweiz, dem Land vieler Flüsse, sehr wichtig.*

*Auch bei der neuen Fahrzeuggeneration gibt es nachvollziehbare Argumente, die für die Erneuerung sprechen. Sei es aus sicherheits- oder umwelttechnischen Gründen. Seitens Armee wurde diesbezüglich versprochen, dass insgesamt mehr Fahrzeuge ausser Betrieb genommen werden, als neue beschafft werden. Dass macht mit Blick auf die geänderte Bedrohungslage und eine künftig entsprechend verkleinerte Armee Sinn.“*

Doch der Nationalrat befürwortete auch die Beschaffung neuer Lenk Waffen für die FA/18-Kampffjets. Mit 115 zu 49 wurde dem Rüstungsprogramm 2011 zugestimmt.

In der letzten Session hob der Nationalrat mit 82 zu 68 Stimmen die **Schutzraumpflicht** auf. Nach Fukushima hat der Rat damit seine Meinung wieder geändert: Mit 94 zu 74 Stimmen wurde beschlossen, Mehrfamilienhausbesitzenden nun doch vorzuschreiben, Schutzräume zu bauen. Nachfolgend ein Auszug aus meinem Referat im Parlament dazu:

„Die SP Fraktion ist der Ansicht, dass die Aufhebung dieses Schutzraumzwangs für private Eigenheime verantwortbar ist und ein guter Beitrag zur Senkung von Baukosten und somit zugunsten von günstigerem Wohnraum wäre.

Auch der Schweizerische Hauseigentümergebund sah dies in einer Medienmitteilung vom 14. Juni 2006 so, und hielt darüber hinaus fest, Zitat: „Die Schutzraumpflicht für Hauseigentümer, welche im Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz festgelegt ist, stammt noch aus einer Zeit, in welcher der Deckungsgrad an Schutzräumen in der Schweiz zu gering gewesen ist. Heute beträgt der schweizweite Deckungsgrad jedoch über 100 Prozent, weshalb ein Festhalten an der Verpflichtung für Privatpersonen, Schutzräume zu erstellen, nicht mehr zu rechtfertigen ist.“ Zitat Ende.

**In der Tat verfügt die Schweiz heute bereits über 8,7 Mio. Schutzraumplätze und dass bei einer Einwohnerzahl von 7,8 Mio.** Wir könnten also in die bereits bestehenden Schutzräume noch gegen eine Million Menschen von ausserhalb der Schweiz aufnehmen. Dieser Rat hat zwei Tage vor den Ereignissen in Fukushima der Streichung dieses Schutzraumartikels zugestimmt. In den Wochen danach wurden Stimmen laut, Fukushima hätte gezeigt, wie wichtig die Aufrechterhaltung der Schutzraumpflicht für Eigenheimbesitzende sei.

Falsch, meine Damen und Herren, wenn sie wirklich etwas für die Sicherheit der Bevölkerung vor einer atomaren Katastrophe tun wollen, dann machen Sie besser Ursachen- statt Symptombekämpfung und stimmen sie übermorgen -wie vom Bundesrat beantragt- dem schrittweisen Atomausstieg zu. Das wäre konsequent und würde den Schutz der Bevölkerung in der Schweiz vor atomaren Unfällen und Terrorakten massiv erhöhen. Kommt dazu, was als Lehre aus Tschernobyl und Fukushima gezogen werden kann: Das wichtigste bei einer Atomkatastrophe ist es, die Bevölkerung möglichst rasch aus der Gefahrenzone zu bringen, und nicht etwa zu versuchen, die Bevölkerung einzubunkern. Stattdessen wären also eher handfeste Evakuierungskonzepte gefragt.“

2009 liess der VBS-Vorsteher verlauten, der Armee würden 700 Millionen fehlen, die 4,1 Milliarden jährlich reichten nicht mehr. Die SP legte deshalb in der Wintersession 2009 ein Paket mit zehn Motionen vor, in denen sie aufzeigte, wie 700 Millionen Franken eingespart werden können: **Reduktion der Armeebestände**, mehr Durchdiener, Militärjustiz streichen, alte Waffensysteme ausmustern etc.. Mehrere der SP-Vorstösse waren diese Session traktandiert. Ich vertrat einen davon. Hier ein Auszug aus meinem Parlamentsreferat:

„Wer der geänderten Bedrohungslage und den finanzpolitischen Realitäten Rechnung tragen will, den lade ich ein, auch der Motion 09.4091 „Reduktion der Armeebestände“, die ich von alt-Nationalrat Hans Widmer übernommen habe, zuzustimmen. Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, den Bestand der Armee inklusive Reserve auf 50`000 Soldaten zu reduzieren. Ein Teil der mit dieser Bestandesreduktion eingesparten Mittel soll für die Verbesserung der Ausbildung sowie von Infrastruktur und Logistik ausgegeben werden. Die in der Motion geforderte Bestandesgrösse entspricht den Beständen vergleichbarer Länder wie Österreich, Dänemark oder Irland.

Die Reduktion der Armeebestände ist zentral, wenn eine voll finanzierbare und voll ausgerüstete Armee angestrebt werden soll, welche dann auch tatsächlich einsatzfähig ist. Der aktuelle Armeebestand der Schweiz von rund 180`000 ist weder sicherheitspolitisch noch finanzpolitisch länger zu halten. Und auch die vom Ständerat jüngst in den Raum gestellte Zahl einer 100`000er Armee für die Schweiz sprengt den bisherigen finanzpolitischen Rahmen von jährlich rund 4 Milliarden deutlich.

So geht es nicht. **Eine Erhöhung des Armeebudgets ist aufgrund der Bedrohungslage nicht zwingend und finanzpolitisch unangebracht.** Es kann ja nicht sein, dass sie immer dann, wenn es um die Sozialversicherungen, die IV, die Arbeitslosenversicherung und die AHV in unserem Land geht, über fehlende Finanzmittel klagen und dann, wenn es um die Armee geht, plötzlich eine Zusatzmilliarde pro Jahr aus dem Hut zaubern.

Im Ständerat ist bei der Diskussion um die Armeegrösse auch mit zu niedrigen Beständen der kantonalen Polizeikorps argumentiert worden. Ich möchte eindringlich davor warnen, die Armee zu einer Art Hilfspolizei umzufunktionieren zu wollen, nur um damit höhere Armeebestände politisch rechtfertigen zu können. Es ist Sache der Kantone, allenfalls mit

*Unterstützung des Bundes, für genügend grosse Polizeikorps zu sorgen. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern in Friedenszeiten muss auch in Zukunft Sache der entsprechend ausgebildeten Polizeikräfte sein.“*

Bundesrat Maurer wehrte sich gegen den Vorschlag, die Armee auf 50'000 Soldaten zu reduzieren und meinte, die Situation der Schweiz und ihrer Armee lasse sich nicht mit jener anderer Länder vergleichen. Der Nationalrat lehnte die Motion mit 118 zu 52 Stimmen ab.

**Ja zur Energiewende:** 25 Jahre nach der Katastrophe in Tschernobyl kam es am 11. März 2011 erneut zum GAU: Diesmal auf dem Boden einer Hightech-Nation. **Unabhängig davon, was jeweils in Tschernobyl oder Fukushima zur negativen Kettenreaktion führte, sicher ist: Dass von der Atomlobby immer wieder kleingeredete „Restrisiko“ hat innert Kürze zweimal zum Leid von Mensch und Umwelt zugeschlagen.**

Am 25. Mai 2011 verkündete der Bundesrat seine Absicht zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomtechnologie und stellte damit zur Überraschung vieler die Sicherheit der Bevölkerung über die Eigeninteressen der Atomlobby. Am 8. Juni 2011 war es dann am Nationalrat, im Rahmen der anderthalbtägigen **Sondersession „Kernenergie und alternative Energien“** Nägel mit Köpfen zu machen. Eine geschlossene Koalition aus SP, CVP, GLP, EVP, BDP und GPS schuf bei der entscheidenden Motion eine Mehrheit von 101 Ja zu 54 Nein Stimmen bei 36 Enthaltungen. Bei der Deutlichkeit des Abstimmungsresultates spielte die FDP keine Rolle mehr, die durch Stimmenthaltung oder nicht Teilnahme an der Abstimmung auffiel. Damit ist der Grundsatzentscheid und die Stossrichtung des Bundesrates im Nationalrat bestätigt worden:

- a) es gibt keine neuen AKW's mehr**
- b) der Ausstieg erfolgt schrittweise**
- c) gefragt sind Energieeffizienz und erneuerbare Energien**

Bei der Vordiskussion zum Entscheid erklärte sich FDP-Fraktionspräsident Fulvio Pelli und liess verlauten: *„Ja oder Nein zum Ausstieg? Die Antwort ist nicht dringend, weil im Moment laut wissenschaftlichen Berichten keiner der fünf Reaktoren der schweizerischen AKW Sicherheitsprobleme aufweist.“* Diese Aussage veranlasste mich im Anschluss an sein Referat zu einer Zwischenfrage im Plenum, die lautete: *„Herr Pelli, Sie haben gesagt, die Atomkraftwerke in der Schweiz hätten keine Sicherheitsprobleme. Können Sie mir sagen, ob die Atomkraftwerke in Tschernobyl und Fukushima vor der schrecklichen Katastrophe für Mensch und Umwelt für Sicherheitsprobleme bekannt waren?“* worauf Herr Pelli antwortete: *„Herr Chopard, ich habe nicht gesagt, ich selber wüsste, dass sie keine Sicherheitsprobleme darstellten, sondern ich habe gesagt, dass die Wissenschaftler, die Experten das gesagt hätten. Ich habe Vertrauen in die Leute, die uns diese Gewissheit geben.“* Aha, fassen wir zusammen: Herr Pelli selber ist sich der Sache offenbar auch nicht mehr ganz sicher, verlässt sich aber auf die Experten und enthält sich, wenn's konkret wird, der Stimme.

Bei der ausserordentlichen Session brachte ich mein Postulat **„Fotovoltaik-Forschung: Stärkung und Abstimmung auf Industriebedürfnisse“** mit 148 zu 33 Stimmen deutlich über die Ziellinie. Gerade angesichts der Ausstiegsgespräche hatte die Kernforderung des Postulates, die Stärkung der Forschung und die Optimierung des Technologietransfers zwischen den Hochschulen und der Schweizer Fotovoltaik-Industrie, zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Damit setzte das Parlament einen wichtigen Fingerzeig Richtung Stärkung des Denk- und Werkplatzes Schweiz im Bereich Solarenergie.

### **Ditte Woche: Kinder- und Jugendförderungsgesetz**

Das "Kinder- und Jugendförderungsgesetz" wurde ebenfalls in dieser Session behandelt. Der Kanton Aargau hat sich in seiner Stellungnahme zur Vernehmlassung über das KJFG mehrheitlich positiv geäussert und begrüsst die grundsätzlichen Bestrebungen des neuen Gesetzes zur Kinder- und Jugendförderung. Dem schloss ich mich mit meiner Stimme an.

*Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im Juni 2011*